

## **Umwelt und Zivilgesellschaft in China - Protokoll vom 03.07.2012**

Bevor das eigentliche Thema der Sitzung beginnt, lenkt die Dozentin einleitend die Aufmerksamkeit auf einen Vortrag des Konfuzius - Instituts der FU vom 02.07.2012. Mit Hilfe einiger KommilitonInnen wird ein kurzes Resümee gezogen und das Thema „Joining the Green Growth Ride: Chinas neue Strategie im globalen Wettbewerb?“ und die Referentin Frau Dr. Doris Fischer vorgestellt. Dabei beschreiben sie kurz die internationale Rolle der neuen Umweltpolitik Chinas seit der Klimakonferenz „Rio 20+“ (20.06.- 22.06.2012). China sucht dabei den Weg der idealen Umsetzung in der Kombination von wirtschaftlichem Wachstum und Umweltschutzbemühungen. Gelingen soll dies vor allem bei internationalen Großprojekten, wie zum Beispiel bei der Elektromobilität. Zudem ist eine Steigerung der Qualität in Forschung und Produktion zu erkennen, wobei dabei auffällt, dass das vor allem bei den durch die Politik (Partei) geförderten Projekten gelingt. Dennoch scheint das bekannte Ziel auch in Umweltfragen weiterverfolgt zu werden, nämlich das Niveau der „westlichen Welt“ zu erreichen, nur auf welche Kosten?

Um zum eigentlichen Thema des Seminars überzuleiten, wird eine Definition für eine Zivilgesellschaft erarbeitet. Dabei werden Begriffsprägungen von Adam Ferguson und Georg Wilhelm Friedrich Hegel verwendet, um Festlegungen über die Umwelt und Zivilgesellschaft in China zu treffen. Eine Zivilgesellschaft besteht aus mehreren Bestandteilen, die zum einen den politischen Apparat umfasst, zum anderen den Bürger in seiner Familie, den Markt und die Wirtschaft. Dieses Zusammenspiel sollte sich idealerweise frei entwickeln und eigene Wege finden, die Gesellschaft zu strukturieren und ein Zusammenleben zu ermöglichen.

Die so definierte Zivilgesellschaft ist eng mit sozialen, meist unpolitischen Bewegungen verknüpft, die in Form von Vereinen und Organisationen schon in lokalem Ausmaß verschiedenste Entscheidungen mitbeeinflussen. Genanntes Beispiel dafür sei ein Schützen- Verein. Gerade für die Demokratisierung, Prozess- und Meinungsbildung bietet die Mitgliedschaft in einer solchen Organisation, neben den Mitgliederverpflichtungen, überwiegend Vorteile. Der Einfluss ist auf dieser gesellschaftlichen Ebene für lokale Entscheidungen, Basis für Karrieremöglichkeiten und -notwendigkeiten und den gesellschaftlichen Status unbestritten.

Ist man sich diesen Tatsachen im weiteren Verlauf dieses Seminars stets bewusst, lassen sich die Schwierigkeiten für die sogenannte NGO für Umwelt in China (Non- Governmental Organisation)

besser verstehen, die in China seit den 1990er Jahren toleriert werden, aber nicht legal existieren. Doch bevor sich das Seminar mit den Besonderheiten in China befasst, gibt die Dozentin einen kleinen Exkurs zum Thema „lokale Umweltorganisationen in der DDR“. Auch diese waren ein wichtiger Bestandteil um sich in einem mehr oder weniger diktatorischen System zum einen zu organisieren, zum anderen natürlich themenspezifisch zu arbeiten. Die Besonderheit lag dabei vor allem in der ideologischen Gleichschaltung der einzelnen Organisationen, um besser Einfluss und Kontrolle auf und über die Mitglieder und deren Arbeit auszuüben.

In China unterstehen die NGO für Umwelt dem Umweltministerium, einem politisch schwachem Organ. Das belegt die späte Anerkennung (erst 2008) als Ministerium der bis dato staatlichen Umweltbehörde SEPA. Dieses Ministerium ist überdurchschnittlich hoch auf die öffentliche Unterstützung (vor allem der Medien, NGO etc.) angewiesen, da beispielsweise ökologische Gesetzesentwürfe an anderen, stärker aufgestellten Fachbereichen in der chinesischen Regierung regelmäßig scheitern. Gleichzeitig werden die chinesischen Umweltorganisationen vom Staat, mit gemischten Gefühlen beobachtet und zum Teil streng zensiert. Weitere Möglichkeiten der Beeinflussung und Kontrolle werden zusätzlich eingesetzt. Als Beispiel kann zum ersten die Mitgliederbegrenzung auf maximal 5000 Personen angeführt werden. Im Vergleich zu Deutschland oder den USA mit teilweise mehreren hunderttausend Mitgliedern stellt dies nicht nur eine deutliche Beschneidung der finanziellen Möglichkeiten dar. Auch kann dadurch eine mehrheitliche, überregionale Meinungsbildung und -verbreitung im Volk, wenn nicht verhindert, so zumindest besser kontrolliert werden. Der Staat, oder von der Dozentin auch auf den Begriff der Partei reduziert, benutzt weitere, auch gesetzliche Instrumente. Beispielsweise wurde die Verwendung des Begriffs 'Zivilgesellschaft' offiziell durch die Partei im September 2011 verboten, was angesichts der Begriffsbedeutung auch politische Brisanz haben dürfte. Das letzte angeführte Beispiel beruht auf persönlichen Erfahrungen der Dozentin während eines Umweltkongresses in China. Die Tagungen mit internationalen Gästen wurde weit außerhalb der Stadt und der Universität durchgeführt um Demonstrationen/ Massenveranstaltungen u. a. von Studenten zu verhindern.

Zur Geschichte der NGO beschäftigt sich das Seminar anschließend mit den Vorläufern. Dabei wird der Journalistin Dai Quing besondere Aufmerksamkeit zu teil. Sie veröffentlichte 1989 die breite, öffentliche Meinung als zusammengefasste, kanalisierte Kritik über den geplanten Drei- Schluchten Staudamm. Dabei war es ihr wichtig auf die beschränkte Meinungs- und Pressefreiheit während der Proteste gegen den Staudambau einzugehen. Ihr Buch wurde in einem kleinen provinziellen Verlag über einen kurzen Zeitraum veröffentlicht, bevor es einer politisch angeordneten Informationszensur zum Opfer fiel. Dennoch konnte die Berichterstattung über diesen Vorfall auch internationales Interesse erlangen. Ein weitere Meilenstein in der Geschichte der chinesischen

Umwelt- NGOs gilt die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Bezüglich der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an internationalen Prozessen setzte die auch als „Erdgipfel“ bezeichnete Konferenz neue Maßstäbe. Insgesamt 2400 Vertreter von NGOs nahmen an der Konferenz teil. Weitere 17.000 Menschen arbeiteten am parallel stattfindenden NGO- Forum, jedoch ohne Beteiligung von chinesischen Vertretern, was nicht nur für die chinesische Regierung eine peinliche Vorstellung bedeutete. Die Themen des NGO- Forums waren unter anderem der Naturschutz, der städtische Umweltschutz (Recycling, Umweltentwicklung etc.) und die Demokratiebestrebungen in Umweltfragen. In Folge dieser wurden einige NGOs für Umwelt in China oftmals mit Sitz in Peking gegründet.

Die „Friends of Nature“, als prominenteste NGO, wurde 1994 von Liang Congjie ins Leben gerufen. Er war der Sohn eines bekannten, chinesischen Architekten (Liang Sicheng) und Enkel von Liang Qichao, der maßgeblich an der Veränderung von der Qing- Dynastie in eine konstitutionelle Monarchie beteiligt war. Diese Organisation konnte bis zu 5000 Mitglieder vereinen und war im Bereich der Aufklärung und Erziehung zum Thema Naturschutz in der Bevölkerung aktiv.

Sheri Liao gründete 1996 die „Global Village of Beijing“. Sheri arbeitete als Umweltaktivistin als eine Art Missionarin und kam voller Enthusiasmus aus den USA nach China zurück. Sie erhielt während ihrer Tätigkeit fortwährend finanzielle und medienwirksame Unterstützung aus den USA. Die Grauzone in der die NGOs arbeiteten, umging sie, in dem sie die „NGO als Business“ anmeldete. Dies war mit steuerlichen Abgaben verbunden, man konnte aber regulär ohne Gefahr arbeiten. Unter ihrer Leitung entstanden mehrere Dokumentationen „Time for Environment“, die in den USA produziert und sogar im chinesischen TV Programm ausgestrahlt wurden.

Die „Green Earth Volunteers“ wurden 1996 von der chinesischen Journalistin des China National Radio Wang Yongchen gegründet. Bekanntheit erlangte diese NGO durch die Nujiang- Kampagne und mit der Organisation des sogenannten „Umweltsalons“ in China, bei dem verschiedene chinesische Umweltjournalisten einmal im Monat zusammen kamen.

Auch die NGO „Center of legal Assistance to Pollution Victims“ von 1998 fand Erwähnung, bei dem der Anwalt Wang Canfa für die Rechte von Opfern durch Umweltverschmutzungen eintritt. In diesem Bezug muss das im Seminar gezeigte Video „Warrior of Qiugang“ genannt werden, in dem der Kampf gegen die Verschmutzung in der Provinz deutlich gemacht wurde.

Als letzte NGO wird das „Institute for Public and Environmental Affairs“ vorgestellt, die der Journalist Ma Jun gründete. Durch die Veröffentlichung seines Buches „Chinas Water Crisis“ erlangte er Bekanntheit. Er erhielt für sein Buch 2012 den Goldman Environmental Award. Weitere Informationen sind auf der Homepage: [ipe.org.cn](http://ipe.org.cn) zu finden.

Diese vorgestellten NGOs existieren alle in großer Abhängigkeit zu einer prominenten

Führungsperson. Kleinere NGOs mit Sitz außerhalb von Peking sind von weniger inter- /nationaler Bedeutung, was nicht zuletzt an mangelnden Englischkenntnissen zu liegen scheint. Doch nicht nur chinesische Organisationen versuchen das Umweltbewusstsein in China zu stärken, sondern auch chinesische Einzelkämpfer, internationale NGOs und auch GONGOs (Government Organized Non-Governmental Organization). Einzelkämpfer wie der Umweltaktivist Wu Lihong machen verstärkt auf die missliche Lage auf dem chinesischem Land aufmerksam. In seinem Fall hauptsächlich auf die Trinkwassersituation, beispielsweise der Wasserverschmutzung des Tai- Sees. Dieser See als drittgrößter Trinkwassersee Chinas, kippte 1997 um, das heißt, durch verschiedene chemische Prozesse die nach Einschwemmen von beispielsweise zu viel Düngemittel nahezu den gesamten Sauerstoff des Sees aufbrauchten. Internationale NGOs hatten es in der Vergangenheit sehr schwer in China Fuß zu fassen. Nun gibt es wohl in Peking auch Büros von Greenpeace und WWF, die politisch gesehen streng überwacht und nur sehr eingeschränkt agieren können.

Wie können sich aber die Chinesen über ihre Umweltsituation äußern oder sogar Veränderungen bewirken? Dieser Frage geht das Seminar abschließend nach, bevor der Dokumentarfilm folgt. Die Berichterstattung in den Medien wird streng zensiert, sobald die provinzielle Ebene verlassen werden könnte. Trotzdem äußern in einer repräsentativen Umfrage des Bertelsmann Instituts 70% der befragten Chinesen als größte Sorge die Angst vor Umweltzerstörungen. Im Gegensatz zu westlichen Befragungen, bei denen der Terrorismus an erster Stelle steht. Als eine weitere Möglichkeit dienen Lehrerfortbildungen, zum Beispiel für ein profitableres Umweltmanagement: Ressourcenverbrauch in Schulen, bei denen auch die Dozentin in der Vergangenheit mitwirkte.

Zum Schluss bleibt festzuhalten, dass die NGOs in China eine wichtige oppositionelle Position für das chinesische Volk vertreten, in ihren Handlungsspielräumen jedoch nur eingeschränkt agieren und von der Politik streng beobachtet und zensiert werden. Angesichts von Verhaftungen und Bestrafung von Oppositionellen, würde man daher kaum Demonstrationen erwarten. Doch beobachtet man zuletzt eine Reihe von Bürgerprotesten, die im kleineren Rahmen zum Erfolg führten. Wie das Beispiel von 2007 zeigt, wurde ein Protestmarsch gegen eine geplante PX- Fabrik von Erfolg gekrönt. Die NGOs halten sich in der Regel heraus, da sie mit der Schließung bzw. mit einem Verbot ihrer Organisation rechnen müssten.

#### Sekundärliteratur:

- ~ Markham, William T.: *Überleben in schwierigen Zeiten, Deutsche Umweltorganisationen im 20. Jahrhundert*, Universität Bremen, 2004. [http://www.artec.uni-bremen.de/files/papers/paper\\_112.pdf](http://www.artec.uni-bremen.de/files/papers/paper_112.pdf)
- ~ Sternfeld, Eva: *Ökologischer Vernunft, Autokratie und Zivilgesellschaft. Das Beispiel China*, in *Wissenschaft und Umwelt: Demokratie und Umweltkrise*, 14/2011. [http://www.china.tu-berlin.de/fileadmin/fg57/SS\\_2012/Umwelt/Sternfeld\\_2011b\\_\\_OEkologische\\_Vernunft\\_.pdf](http://www.china.tu-berlin.de/fileadmin/fg57/SS_2012/Umwelt/Sternfeld_2011b__OEkologische_Vernunft_.pdf)